



Elfeinhalb Wochen

Jürgen Klinsmann schmeißt als Trainer bei Hertha BSC hin. **Seite 16**

Foto: imago images/Jan Huebner

Entscheidung in Leipzig

Linke und Grüne unterstützen SPD-Oberbürgermeister. **Seite 14**

Erschütterte Überlebende

Gedenkstättenleiter Volkhard Knigge über die Thüringer Wahlen als tiefen Einschnitt und ihre Wirkung auf die letzten KZ-Überlebenden. **Seite 3**

Foto: dpa/Candy Welz

nd
DER TAG

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 12. Februar 2020

75. Jahrgang/Nr. 36

Einzelverkaufspreis 2,10 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Blinde Flecken

Jana Frielinghaus über die geringe Aufmerksamkeit des Globalen Nordens für Heuschreckenplagen

Seit Jahrzehnten umspannen Lieferketten den gesamten Globus. Die Leben aller Menschen auf dieser Erde sind allein durch das Agieren internationaler Konzerne und des Finanzkapitals aufs Engste miteinander verbunden. Umso bemerkenswerter ist es, wie wenig Aufmerksamkeit Katastrophen biblischen Ausmaßes in westlichen Medien bekommen, wie aktuell die Heuschreckenplagen in Afrika und Asien oder die Zyklone in Mosambik im vergangenen Jahr. Und wie wenig die internationale Gemeinschaft offenbar zu konzertiertem Handeln für die mindestens 13 Millionen durch die Fresslust der Insekten von Hunger Bedrohten bereit ist.

Die Appelle des UN-Generalsekretärs, Hilfsprogramme für Ostafrika aufzulegen, wirken etwa im Vergleich zum gut koordinierten internationalen Vorgehen gegen das neue Coronavirus beschämend halbherzig. Natürlich: Der neue Erreger wäre bei weiterer Ausbreitung eine unmittelbare Belastung für die Volkswirtschaften der Industriestaaten. Doch zu meinen, der Flug der Heuschrecken betreffe den Globalen Norden nicht, offenbart das kurz-sichtige Denken der Mächtigen dort. Dabei müsste doch klar sein: Nichthandeln oder Entwicklungszusammenarbeit nur im Sinne großer Unternehmen fällt uns nicht erst in Jahrzehnten »auf die Füße«. Uns? Nun, da ist wohl der Haken. Mit jenen teilen, die vor Katastrophen, Krieg und unerträglichen Lebensbedingungen fliehen, müssen ja nicht die wenigen, deren Profite die kapitalistische Globalisierung ins Unermessliche gesteigert hat.

UNTEN LINKS

Deutschland hat ein erhebliches Personalproblem, aber zum Glück auch viele fähige Leute. Jedem Ende wohnt ein Anfang inne, sagte der berühmte Zauberer Houdini, und deshalb war es auch nur auf den ersten Blick irritierend, dass Annegret Kramp-Karrenbauer ihren Rückzug vom CDU-Vorsitz ankündigte. Schon als Jürgen Klinsmann als Hertha-Trainer zurücktrat, bekam die Sache Konturen. Die sich mit dem Abschied des deutschen Oberkatholiken Kardinal Marx zu einem Ganzen fügen. Ja, natürlich: Sie alle suchen eine neue Herausforderung. Kramp-Karrenbauer (»Gerade im Abstiegskampf sind Einheit und Zusammenhalt die wichtigsten Elemente«) wechselt von Angela zu Hertha, Klinsmann (»Ich finde, es sollte die jüngere Generation an die Reihe kommen«) bringt die Bischofskonferenz auf Trab, und Marx (»Wir müssen stark sein, stärker als heute«) liest der CDU die Leviten. Wie sagte der Universalgelehrte Sepp Herberger: »Nach der Wahl ist vor dem Spiel. Amen.« wh

ISSN 0323-3375



Foto: Alamy Stock Photo

Die Heuschrecken sind los

Massive Ernteverluste durch Insektenschwärme in Ostafrika und Südasien

Addis Abeba. UN-Generalsekretär António Guterres sieht einen direkten Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und der Heuschreckenplage in Ostafrika. In Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba sagte er beim Gipfeltreffen der Afrikanischen Union: »Wärmere Meeressgewässer bedeuten mehr Zyklone, die für Heuschrecken die perfekten Brutstätten schaffen; es wird täglich schlimmer.«

Ostafrika leidet derzeit unter einer Heuschreckenplage, die Behörden fürchten angesichts der gefährlichen Insekten um die Ernährungssicherheit. Die Schwärme in Äthiopien, Kenia und Somalia seien in ihrer Größe und ihrem Zerstörungspotenzial »beispiellos«, hatte die UN-Landwirtschaftsorganisation betont.

Die UN haben deshalb zu ausländischen Hilfen bei der Bekämpfung der Heuschreckenplage aufgerufen. Die Nahrungsmittelversorgung von 13 Millionen Menschen in Ostafrika sei stark gefährdet, sagte der UN-Nothilfekordinator Mark Lowcock. Und nicht nur Ostafrika ist in diesem Jahr besonders betroffen. Auch in weiten Teilen Südasiens drohen massive Ernteverluste. Pakistan hat den Notstand ausgerufen: Die Schädlinge hatten bis Mitte Januar bereits 370 000 Hektar Ernteflächen zerstört. In Indien wurden große Mengen Pestizide eingesetzt, um die Insekten zu bekämpfen. Ein umstrittenes Mittel, denn nun ist auch die nächste Ernte durch das Ackergift bedroht.

CDU zwischen den Stühlen

Linke empört über anhaltende Gleichsetzung mit der AfD, diese schürt Thüringer Chaos durch Klagen

Die AfD möchte den Krisenstand in Thüringen offenbar möglichst lange bewahren. Mit einer Klage versucht sie eine Neuwahl zu verzögern.

Von Uwe Kalbe

Die Bundesregierung bemüht sich, die Wogen nach der Thüringer Ministerpräsidentenwahl zu glätten – am Dienstag wurde der Name des neuen Ostbeauftragten der Bundesregierung bekannt, den das Kabinett schon am Mittwoch bestätigen will. Marco Wanderwitz löst Christian Hirte ab, der nach überschwänglichem Glückwunsch an den mit AfD-Hilfe gewählten FDP-Ministerpräsidenten Kemmerich zurücktreten musste. Der Einfluss der Kanzlerin ruft wiederum die AfD auf den Plan. Nach eigener Auskunft stellte sie zweifach Strafanzeige gegen Angela Merkel wegen »Nötigung des Ministerpräsidenten« und Amtsmissbrauch, weil die Bundeskanzlerin auf einer Auslandsreise von einer »unverzeihlichen« Wahl mit AfD-Hilfe gesprochen und gefordert hatte, dies müsse rückgängig gemacht werden. Zugleich möchte die AfD die Krise in Thüringen offenbar zementieren. In einer weiteren Klage greift sie vor dem Landesverfassungsgericht ein Gesetzt an, das im vergangenen Jahr beschlossen wurde und eine paritätische Besetzung der Wahllisten verlangt. Die Klage könnte eine Neuwahl in Thüringen verzögern.

Für Merkel und die CDU dürften die rechtlichen Attacken das kleinere Problem sein. Das größere ist das Dilemma, in das sich die Partei manövriert hat, indem sie auf einer gleichzeitigen Ablehnung jeder Kooperation mit der AfD und mit der Linkspartei beharrt. In Thüringen ist damit ein Ausweg aus der Regierungskrise verbaut, weil es keine Mehrheit gibt, wenn nicht Linke oder AfD beteiligt sind. CDU-Vize Julia Klöckner mahnte am Mittwoch im

Deutslandfunk dennoch die Einhaltung des Unvereinbarkeitsbeschlusses an, der eine Zusammenarbeit mit beiden Parteien bundesweit verbietet. Diese Art von Gleichsetzung ruft nicht nur zunehmenden Widerspruch auch in den eigenen Reihen hervor, sondern stößt auch auf wachsenden Unmut bei der Linken. Scharfe Kritik richtete am Mittwoch ihr Parlamentarischer Geschäftsführer im Bundestag, Jan Korte, an die CDU. Antikommunismus und Antisemitismus seien die Grundfesten der faschistischen Ideologie und der Antikommunismus sei nach dem Krieg der ideologische Kitt zur eigenen Entlastung gewesen. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse Richtung Linke auf Grundlage einer Äquidistanz gegenüber Links und Rechts müssten jetzt endlich fallen.

In der CDU rumort es derweil durchaus, befördert auch durch den überraschend angekündigten Rücktritt der Parteichefin Anne-

gret Kramp-Karrenbauer. So appellierte die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft in der CDU in einer Mitteilung an die Parteispitze, die »Unvereinbarkeit« zwischen einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in der rechtskonservativen Werteunion und der CDU »durch einen Beschluss deutlich zu machen«. Auch eine Verankerung in der Satzung zu prüfen wird verlangt. **Seite 10**

Lesen Sie heute im Ratgeber

Alzheimer: Anzeichen für die Früherkennung

Digitales Erbe: Große Rechtsunsicherheit

Sturmtief: Stimmt der Versicherungsschutz?

Trump legt Entwurf für Haushalt vor

Weniger Geld für Bildung, Umwelt und Entwicklung geplant

Washington. US-Präsident Donald Trump hat einen 4,8 Billionen US-Dollar schweren Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 2021 vorgelegt. Die nationale Sicherheit, besonders die Modernisierung der Atomwaffen, wird dabei groß geschrieben. So soll die Nationale Behörde für Nukleare Sicherheit auf 3,2 Milliarden US-Dollar mehr zurückgreifen können – was einem Anstieg von fast 20 Prozent entspricht. Auch zwei Milliarden Dollar für den Bau eines Zauns an der Grenze zu Mexiko sind vorgesehen. In den Bereichen Umwelt, Bildung und Entwicklungshilfe soll es dagegen drastische Einschnitte geben. Sein Budgetplan stelle die Weichen für das Fortbestehen der Dominanz und des Wohlstands Amerikas, erklärte Trump am Montagabend.

Der Entwurf ist auf scharfe Kritik bei den Demokraten gestoßen. Die Mehrheitsführerin der Demokraten im Repräsentantenhaus, Nancy Pelosi, sagte, mit Trump werde es keine Gleichheit der Bürger geben und auch keine bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle. **Agenturen/nd Seite 10**

US-Nahost-Plan zurückgewiesen

Abbas: »Legitime Rechte der Palästinenser« infrage gestellt

New York. Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas hat den Nahost-Plan von US-Präsident Donald Trump vor dem UN-Sicherheitsrat entschieden zurückgewiesen. »Wir lehnen den israelisch-amerikanischen Plan ab«, sagte Abbas am Dienstag im Sicherheitsrat in New York. Das Vorhaben stelle die »legitimen Rechte der Palästinenser« infrage. Ein Palästinenser-Staat ohne Ostjerusalem als Hauptstadt und mit einem »zerstückelten« Territorium sei nicht hinnehmbar, sagte Abbas und hielt eine Karte mit dem US-Vorschlag für einen künftigen Palästinenser-Staat in die Höhe. Er sprach von »Schweizer Käse«.

Trump hatte seinen Nahost-Plan Ende Januar im Beisein von Israels Premier Benjamin Netanjahu in Washington vorgestellt. Die Palästinenser lehnten das Vorhaben umgehend ab, weil es aus ihrer Sicht Israel einseitig begünstigt. Auch international wurden viele Zweifel an dem Plan laut. Der Plan soll laut Trump eine »realistische Zwei-Staaten-Lösung« mit Jerusalem als »ungeteilter Hauptstadt« Israels ermöglichen. **AFP/nd**

Proteste im Libanon

280 Verletzte bei Zusammenstößen

Beirut. Bei Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten sind in der libanesischen Hauptstadt Beirut mindestens 280 Menschen verletzt worden. Regierungsgegner versuchten am Dienstag, Abgeordnete auf dem Weg ins Parlament zu stoppen, um so eine Sitzung des Hauses zu verhindern. Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas und Wasserwerfer ein, Demonstranten warfen Steine und stürzten einen Betonblock um, wie auf Fernsehbildern zu sehen war. Von den 280 Verletzten seien 39 ins Krankenhaus gebracht worden, erklärte das libanesisches Rote Kreuz.

Im Libanon kommt es seit Oktober zu Protesten gegen die Führungselite. Die Demonstranten prangern unter anderem die weit verbreitete Korruption und die schlechte Infrastruktur an. Regierungschef Saad Hariri trat auf Druck der Straße zurück.

Das Parlament soll in dieser Woche dem neuen Premier Hassan Diab und seinem Kabinett das Vertrauen aussprechen. Bei der Vorstellung seines Regierungsprogramms versprach Diab am Dienstag einen Notfallplan und Reformen, um die Korruption zu bekämpfen. **dpa/nd**